



# HESSISCHER LANDTAG

11. 12. 2017

Plenum

## **Antrag der Fraktion der FDP betreffend Energiepolitik der Landesregierung gescheitert**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass zentrale Ziele der Energiepolitik der hessischen Landesregierung nicht erreicht werden. Obwohl die deutschen Stromverbraucher für den Ausbau erneuerbarer Energien bis Ende 2017 im Rahmen des EEGs laut Bundeswirtschaftsministerium insgesamt über 173 Mrd. € an Subventionen gezahlt haben werden, steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland und Hessen. Das EEG hat die Stromerzeugung nicht klimafreundlicher gemacht, sondern Anreize gesetzt, umweltfreundliche Gaskraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke durch Kohlekraftwerke zu ersetzen.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich laut dem aktuellen Monitoringbericht zur Energiewende der Landesregierung die Strompreise für Haushalte seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt haben. Die Strompreise für Industrieunternehmen sind sogar rund um das Dreifache gestiegen. Die immer höher werdende Steuer- und Abgabenlast hat Hessen zum Hochpreisland für elektrische Energie gemacht und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Wirtschaft.
3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass laut dem Bericht die Windkraft nur einen Anteil von 0,9 % (Prognose 2016) am hessischen Primärenergieverbrauch besitzt. Die einseitige Fokussierung der CDU/Grünen-Landesregierung auf den Ausbau der Windkraft ist im Sinne des Klimaschutzes nicht zielführend. Selbst bei einer Verdreifachung der installierten Leistung ist kein signifikanter Beitrag zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erwarten. Windkraftanlagen zerstören vielmehr Wälder, Natur und Landschaft und verschlechtern damit die Ökobilanz.
4. Der Landtag stellt fest, dass Minister Al-Wazir im Vorwort des Energieberichts den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze "als große Aufgabe bei der Energiewende" bezeichnet. Tatsächlich sind jedoch von den 5.900 Kilometern Stromleitungen, die laut Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) notwendig sind, erst 150 Kilometer gebaut wurden. 97 % des Netzausbaus sind noch nicht realisiert. Keines der acht durch Hessen führenden Ausbau- bzw. Neubauprojekte ist bisher genehmigt. Im Bereich der Verteilnetze stagniert der Ausbau. Im Jahr 2015 nahm die Länge der hessischen Verteilnetze um mikroskopische 0,05 % zu. Damit ist eine dezentrale Energieversorgung nicht darstellbar. Die Landesregierung scheitert an den selbstgesteckten Zielen.
5. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Zahl der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien in Hessen laut Bericht der Landesregierung seit 2012 um 30 % zurückgegangen ist. Danach sind in Hessen nur noch 16.100 (2015) Menschen in der Branche tätig, obwohl im gleichen Zeitraum der Ausbau erneuerbarer Energien mit fast 60 Mrd. € subventioniert wurde. Das versprochene "grüne Jobwunder" bleibt aus.
6. Der Landtag kritisiert, dass die Energieforschungsförderung in Hessen drastisch reduziert wurde. Während in den Jahren von 2010 bis 2013 jährlich zwischen 8,1 Mio. € und 12,6 Mio. € zur Verfügung standen, wurden im Jahr 2015 für Forschung nur noch 5,2 Mio. € bereitgestellt. Die Zahl der hessischen Patente im Bereich erneuerbarer Energien ging um 60 % von 78 (Zeitraum 2009 bis 2012) auf 32 (2013 bis 2016) zurück. Hier zeigt sich eine Innovationschwäche, die auch eine Folge der Energiepolitik der Landesregierung ist.
7. Der Landtag sieht in der Schaffung einer Landesenergieagentur und der Besetzung der Leitungsfunktion mit einem abgewählten grünen Kreispolitiker keinen wirksamen Beitrag zu einer Energiepolitik, die Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und Bürgerakzeptanz verbindet.

det. Vielmehr wird deutlich, dass die Landesregierung die Energiepolitik nur als Instrument nutzt, um Stellen in der öffentlichen Verwaltung aufzubauen. Ein Großteil der 7,6 Mio. €, die der Landesenergieagentur im Wahljahr 2018 als Budget zur Verfügung stehen sollen, ist für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine grundlegende Korrektur der Energiepolitik vorzunehmen. Dazu gehört, sich für die Abschaffung des planwirtschaftlichen, teuren und innovationsfeindlichen EEGs einzusetzen. Insbesondere müssen Forschung und Innovationen technologieoffen und sektorenübergreifend vorangetrieben werden, um eine wirksame Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Dezember 2017

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Lenders**